

**Hauptgeschäftsführer Karl-Heinz Boos bei der VÖB-Herbst-Pressekonferenz
5. November 2008, 11 Uhr**

Anmoderation:

Verunsicherte Sparer, Banken, die sich gegenseitig misstrauen und die Gefahr einer bröckelnden Konjunktur – trotzdem wollten die Banken hierzulande das Hilfspaket der Bundesregierung zunächst nicht annehmen. Sie fürchteten dadurch einen Imageverlust. Nun haben sich einige Banken aber doch dazu entschieden, auf die Finanzhilfen der Regierung zurückzugreifen, nicht zuletzt, um das erschütterte Vertrauen untereinander wieder aufzubauen. Karl-Heinz Boos, Hauptgeschäftsführer der Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands befürwortet diesen Schritt ausdrücklich:

(O-Ton 1): „Je mehr Banken das Hilfspaket in Anspruch nehmen, desto schneller wird sich der durch den Vertrauensschwund erlahmte Geldkreislauf wiederbeleben, was schließlich der Realwirtschaft und damit letztlich allen Bürgern in unserem Lande zugute kommt.“

Auch in Sachen Kundenvertrauen scheint es weiter aufwärts zu gehen. Die EU-Kommission will die Spareinlagen der Bürger kurzfristig bis zu einer Summe von 50.000 Euro absichern. Zum Vergleich: Derzeit liegt dieser Betrag bei maximal 20.000 Euro. Dazu nochmal Karl-Heinz Boos:

(O-Ton 2): „Sicherlich ist es richtig, dass die Kommission die Sorge der Bankkunden um ihre Ersparnisse und Girokontoguthaben ernst nimmt. Insoweit sehen wir die Erhöhung des seit 1994 geltenden gesetzlichen Mindestschutzes von Einlagen von 20.000 Euro auf 50.000 Euro als sachgerecht an.“

Bis Ende 2009 will die EU die Spareinlagen dann bis zu einer Höhe von 100.000 Euro absichern. VÖB-Hauptgeschäftsführer Boos sieht darin aber ein Problem für die Banken:

(O-Ton 3): „Deutlich höhere Beitragszahlungen der Banken an die Sicherungseinrichtungen wären die Folge, wenn man diese Erhöhung ernst nimmt.“

Angesichts der Folgen und Ursachen der Finanzmarktkrise hat sich der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands unter anderem auch für eine stärkere Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden in Europa ausgesprochen. Allerdings sollte man dabei die Kirche im Dorf lassen, warnt Karl-Heinz Boos:

(O-Ton 4): „Diese vertiefte Kooperation, die damit in Verbindung stehende verbesserte Krisenprävention erfordert aber keine zentrale EU-Bankaufsichtsbehörde. Bislang hat mir noch niemand stichhaltig begründen können, warum eine europäische, meines Erachtens schwerfällige, zentralisierte Aufsichtsbürokratie leistungsfähiger sein sollte als der im Moment bewährte dezentrale nationale Ansatz.“

Übrigens: Die Spareinlagen der Bürger sind trotz aller Turbulenzen nach bereits geltendem Recht zumindest hierzulande immer sicher gewesen.

(O-Ton 5): *„Bis heute hat in Deutschland kein Kunde durch die Insolvenz einer Bank, die einem Einlagensicherungssystem angehört hat, auch nur einen Cent verloren.“*

Weitere Infos rund um das Thema Sicherheit von Spareinlagen und gesetzlichen Neuregelungen gibt es bei jeder Bank und auch unter: www.voeb.de.